

Antworten auf die Wahlprüfsteine der FDP

- 1. Mit welchen Maßnahmen möchten Sie regionale Wertschöpfungsketten für Lebensmittel stärken?**
- 4. Setzen Sie/Setzt Ihre Partei sich dafür ein, eine zuständige Stelle für das Thema Nachhaltige Ernährung in der Stadt Frankfurt am Main zu schaffen, die u.a. eine kommunale Ernährungsstrategie erarbeitet?**
- 6. Wie möchten Sie ein größeres Angebot von bio-regionalen Lebensmitteln auf den Frankfurter Wochenmärkten erreichen?**

Eine kommunale Ernährungsstrategie kann sinnvoller Weise nur dort ansetzen, wo die Stadt Frankfurt als Einkäufer und Auftraggeber auftritt und somit eine Lenkungs kraft qua eigener Einkaufsmacht besitzt. Vorgaben für Private sind kaum durchsetzbar und wirken häufig wenig glaubwürdig, wenn derjenige, der die Vorschriften macht, selbst nicht vorbildhaft agiert. Somit könnte ein erster Schritt in einer regionalen Beschaffungspolitik für Lebensmittel in den städtischen Betrieben und Einrichtungen sein. Das Ziel liberaler Umweltpolitik ist es, nachhaltige Lebensqualität für alle Bürger unserer Stadt zu sichern und zu erreichen. Gemäß unserem Menschenbild vertrauen wir einerseits darauf, dass die Bürger selbst verantwortungsvoll und nachhaltig handeln; andererseits sehen wir die Stadt Frankfurt, ihre Akteure in Verwaltung und Wirtschaft ebenso wie jeden Einzelnen in der Pflicht, das Zusammenleben in der Stadt Frankfurt ökologisch nachhaltig zu gestalten – dazu könnte auch die Erarbeitung einer kommunalen Ernährungsstrategie gehören oder Maßnahmen, die die regionalen Wertschöpfungsketten für Lebensmittel stärken oder ein größeres Angebot von bio-regionalen Lebensmitteln auf den Wochenmärkten. Zu letzterem Punkt gehört auch, dass das Einkaufen in der Innenstadt wieder deutlich attraktiver werden muss. Dafür braucht es eine hohe, durch Sicherheit und Sauberkeit geprägte, Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum mit einer großen auch kulturellen Vielfalt an Konzepten und Angeboten aus verschiedenen Branchen, zu denen auch die Wochenmärkte gehören. Besonderer Beachtung bedürfen dabei auch die Randgebiete der Innenstadt und die Stadtteilzentren, die häufig für die Versorgung der lokal ansässigen Bevölkerung – auch wegen Covid-19 – eine wieder wichtigere Rolle wahrnehmen. Deshalb fordern wir, dass für die gesamte Innenstadt von Frankfurt ein Konzept entwickelt werden muss, das den vielfältigen – und teilweise auch divergierenden – Ansprüchen genügt. Die Frankfurter Politik sollte außerdem neue nachhaltige Konzepte wie z. B. einen Nachtmarkt auf dem Rossmarkt/Goetheplatz ermöglichen.

- 2. Wie sieht in Ihren Augen die städtische Schul- und Kitaverpflegung in 5 Jahren aus? Setzen Sie sich für einen erhöhten Mindestanteil an bio-regionalen Lebensmitteln in der Gemeinschaftsverpflegung ein?**

Die Vergabekriterien für Schulkantinenbetreiber müssen neu definiert werden. Dazu gehört auch, dass der Anteil an bio-regionalen Lebensmitteln entsprechend berücksichtigt wird. Für uns Freie Demokraten steht die Selbstverwirklichung jedes Einzelnen in allen Bereichen des Lebens – dazu gehört auch eine gesunde Ernährung – an höchster Stelle. Aus diesem Grund sehen wir die Politik dazu verpflichtet, die notwendigen Angebote für Eltern zu schaffen, damit diese für sich und für ihre Kinder die besten Lösungen erhalten. Deshalb sollte bei der Vergabe der Schulkantine an einen Betreiber auch der Schulkonferenz (in der auch Vertreter der Lehrkräfte und Eltern sind) ein Mitspracherecht

eingräumt werden. Sie können dann mitentscheiden, in welche Richtung die städtische Schul- und Kitaverpflegung sich in den nächsten Jahren entwickeln soll.

3. Die EU verbietet Einwegverpackungen. Welche Maßnahmen ergreifen Sie darüber hinaus auf kommunaler Ebene, um Abfälle zu vermeiden?

Wir Freien Demokraten wollen die Potenziale einer Kreislaufwirtschaft für eine ökonomisch und ökologisch effiziente Rohstoffnutzung in der Stadt Frankfurt ausschöpfen. Übergeordnetes Ziel muss es sein, Abfallprodukte zu vermeiden, sie je nach Potenzial konsequent und gemäß Kreislaufwirtschaftsgesetz direkt wiederzuverwenden (ggf. nach Reinigung), durch Umformung oder ähnliche Technologien wiederzuverwerten (Upcycling), stofflich zu verwerten (Recycling) und energetisch zu nutzen.

So wollen wir zu einer nachhaltigen, umweltfreundlichen Wertschöpfung beitragen. Ab 2022 soll die Stadt Frankfurt jährlich über die konsequente Anwendung des Kreislaufwirtschaftsgesetzes in städtischen Einrichtungen und Eigenbetrieben berichten.

Darüber hinaus fordern wir:

- Die Stadt Frankfurt und die Metropolregion Frankfurt/Rhein-Main sollen zu einem Praxislabor für eine funktionierende städtische und regionale Kreislaufwirtschaft aufgebaut werden. Dazu fordern wir, dass die Stadt Frankfurt alle nötigen Schritte unternimmt, um die Wertschöpfungspotenziale zu ermitteln und ihre Nutzung zu erarbeiten:
 - Die Stadt Frankfurt soll die kommunale Abfallwirtschaft in die Pflicht nehmen, Art und Volumen der verarbeiteten Wertstoffe und die daraus erzielte Wertschöpfung jedes Jahr der Stadtverwaltung in einem ausführlichen Bericht offenzulegen.
 - Die Verfahren des Abfalltransports sollen auf ihre Energieeffizienz untersucht werden und die Energiebilanz sowie Wertschöpfung jährlich berichtet werden.
 - Digitalisierte Verfahren zur Erfassung und Auswertung von Abfallstoffvolumen und Abfallhandelsvolumen sollen eingeführt und der Status jährlich berichtet werden.
 - Das Optimierungspotenzial des Recyclings von Metallen und festen, flüssigen und gasförmigen kohlenstoffhaltigen Produkten soll zusammen mit der Industrie erarbeitet werden. Der Stand der Praxis und das Optimierungspotenzial sollen jährlich berichtet werden.
 - Die Stadt soll diese Berichte jährlich auf ihr technisches, ökonomisches und ökologisches Potenzial analysieren und in konkrete Maßnahmen übersetzen.
 - Die Stadt Frankfurt soll über alle Standards und Normen sowie rahmenrechtlichen Bestimmungen berichten, die einer Umsetzung dieser Maßnahmen entgegenstehen. Wir fordern, Standards, Normen und Rahmenbedingungen dem technischen Fortschritt der Abfallsammlung und neuen Möglichkeiten der Abfallnutzung anzupassen, um das Potenzial der Kreislaufwirtschaft umfassend zu nutzen.

5. Was kann die Stadt dafür tun, den ökologisch bewirtschafteten Anteil an städtischen Landwirtschaftsflächen zu erhöhen?

8. Mit welchen Maßnahmen sollte die Stadt ihrer Meinung nach Urban Gardening und Gemeinschaftsgärten fördern?

Für uns Freie Demokraten nimmt der Umweltschutz einen hohen Stellenwert ein. Information und Beratung über verschiedenste Themen – dazu können auch ökologische Bewirtschaftung von Landwirtschaftsflächen oder Urban Gardening sowie Gemeinschaftsgärten gehören – ist für uns eine wichtige Grundlage, um den Bürgern eine Umsetzung zu erleichtern. Deshalb fordern wir, auf der Webseite der Stadt im Bereich Umwelt die Seite so zu aktualisieren, dass alle Beratungsangebote, die es in Frankfurt zum Thema Umweltberatung gibt, dort zusammenhängend dargestellt und übersichtlich aufgelistet werden – ähnlich wie es bereits für Sportvereine der Fall ist.

Ferner soll das Dezernat Umwelt in Kooperation mit allen zuständigen Stellen der Stadt sowie den Energieversorgern ein Umweltinformationszentrum (UIZ) initiieren, das unter anderem Bürger, Vereine, Unternehmen sowie Landwirte zu Umweltfragen berät. Hierfür sollen regelmäßig offene und themenspezifische Sprechstunden stattfinden. Zudem werden stadtweite Aktionen und Informationstage angeboten. Informationsformen sollten sein:

- Beratungen zu Umweltthemen, kostenlose Broschüren, Informationen, Materialien Ausleihe von Geräten
- Seminare, Foren, Vorträge, Exkursionen
- Umweltbildung und Familie

Die Aufgabenschwerpunkte des UIZ sind:

- Energie, ökologisches Bauen, Klimaschutz
- Gesundheit, Ernährung, Landwirtschaft
- Bodenschutz
- umweltfreundliche Beschaffung
- Immissionsschutz
- Abfallrecycling und Kreislaufwirtschaft
- Landschafts- und Naturschutz
- Wasser/Abwasser
- aktuelle Umweltthemen

7. Der Ernährungsrat möchte ein House of Food* etablieren. In welcher Weise soll die Stadt Frankfurt, das Ihrer Meinung nach in Zukunft unterstützen?

(*Das House of Food bringt LandwirtInnen aus dem Umland mit Frankfurter Kantinen zusammen und erhöht so den Anteil von bio-regionalen Lebensmitteln in der Außerhausverpflegung).

Die Stadt könnte das Projekt in unterschiedlichen Bereichen unterstützen:

- Bei der Ansprache der Landwirte und Landwirtinnen sowie der Kantinen und dem anschließenden Zusammenbringen, Meetings der Kooperationspartner
- Für Publikationen oder Veranstaltungen als Kooperationspartner zur Verfügung stehen

9. Sind Sie/Ihre Partei dafür, dass Frankfurt Mitglied im Bio-Städtenetzwerk wird?

(https://www.biostaedte.de/images/pdf/leitfaden_V4_verlinkt.pdf)

Ja, das ist ein interessantes Netzwerk – natürlich muss man mit allen Beteiligten vor einem Beitrittsbeschluss an einen Tisch kommen, ihre Meinung dazu anhören und darüber sprechen, welche Ziele für Frankfurt umsetzbar bzw. besonders wünschenswert sind. Denn eine

Mitgliedschaft wird nicht nur von der Stadt getragen, sondern wir brauchen dazu Partner aus verschiedenen Bereichen, die dem Thema offen gegenüberstehen und Projekte unterstützen. Grundsätzlich ist mehr „bio“ sicher gut für unsere Stadt Frankfurt, für unsere Bürger:innen und vor allem für unsere Kinder.